

Antrag

der Abgeordneten Michael Habermann, Christel Hanewinckel, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Peter Büchner (Speyer), Arne Fuhrmann, Walter Kolbow, Horst Kubatschka, Brigitte Lange, Christa Lörcher, Ingrid Matthäus-Maier, Dr. Edith Niehuis, Joachim Poß, Margot von Renesse, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Lisa Seuster, Dr. Peter Struck, Wolfgang Thierse, Hildegard Wester, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Zur Verhinderung der Aushöhlung des Kinderlastenausgleichs im unteren Einkommensbereich

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag akzeptiert nicht den Ausschluß von hunderttausenden von Familien aus dem bestehenden System des Kinderlastenausgleichs durch den Umstand, daß, obwohl der Kinderfreibetrag nicht oder nur teilweise geltend gemacht werden kann, kein Anspruch auf Kindergeldzuschlag besteht.
2. Dem Deutschen Bundestag ist umgehend über die jetzt eingetretene Situation hinsichtlich des Kindergeldzuschlages zu berichten. Insbesondere sind Angaben über die Anzahl der betroffenen Familien und der Kinder offenzulegen sowie über den zu erwartenden Ausgabenzuwachs im Bundeshaushalt durch die notwendig werdenden zusätzlichen Ausgaben beim Kindergeldzuschlag.
3. Dem Deutschen Bundestag ist offenzulegen, zu welchem Zeitpunkt die Bundesregierung bzw. die zuständige Ministerin über die verfassungswidrige Situation Kenntnis erlangt hat, welche rechtliche und politische Bewertung diesbezüglich vorgenommen wurde, und wer die politische Verantwortung für die verfassungswidrige Behandlung der Familien übernommen hat.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Familien mit geringem Einkommen und einem Anspruch auf erhöhten Grundfreibetrag nicht die verfassungsrechtlich gebotenen Leistungen zur Sicherstellung des Existenzminimums für Kinder vorenthalten werden.

5. Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus, daß umgehend allen Familien ein verfassungsgemäßer Kinderlastenausgleich zu gewähren ist, der sich an dem Existenzminimum von Kindern im ersten Halbjahr 1994 orientieren muß.

Bonn, den 9. März 1994

Michael Habermann
Christel Hanewinckel
Hans Gottfried Bernrath
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Peter Büchner (Speyer)
Arne Fuhrmann
Walter Kolbow
Horst Kubatschka
Brigitte Lange
Christa Lörcher

Ingrid Matthäus-Maier
Dr. Edith Niehuis
Joachim Poß
Margot von Renesse
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Lisa Seuster
Dr. Peter Struck
Wolfgang Thierse
Hildegard Wester
Hans-Ulrich Klose und Fraktion